

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/67 –**

Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und Ausbildungspakt

Vorbemerkung der Fragesteller

Bei der Veröffentlichung der diesjährigen Ausbildungsbilanz am 12. Oktober 2005 war die Bewertung der vorgelegten Zahlen sehr unterschiedlich: Während vor allem Arbeitgeber und Bundesregierung von einem Erfolg des „Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ (Ausbildungspakt) sprachen, kritisierten die Gewerkschaften den Pakt als „erfolglos“. Sie forderten die Bundesregierung dazu auf, ihn zu beenden und eine Umlagefinanzierung einzuführen. Auch das „Jugendbündnis für Ausbildung in Berlin-Brandenburg“, in dem acht politische Jugendorganisationen zusammengeschlossen sind, spricht von einer „Ausbildungsmisere“. Weitere Jugendbündnisse sind in Gründung, da sich die Betroffenen mit dem Lehrstellenmangel nicht mehr abfinden wollen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung bewertet den am 16. Juni 2004 geschlossenen „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ als Erfolg. Die Paktzusagen wurden im Verlauf des Jahres deutlich übertroffen. Mit der zielorientierten Zusammenarbeit zur Mobilisierung von Ausbildungsplätzen war es 2004 trotz schwieriger Ausgangslage erstmals seit fünf Jahren gelungen, die Zahl der Ausbildungsverträge wieder zu steigern.

Auch 2005 werden verstärkt Anstrengungen unternommen, um die Herausforderungen auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu meistern. Zum 30. September 2005 war die Zahl noch nicht vermittelter Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsplätze niedriger als vor einem Jahr. In gemeinsamen Nachvermittlungaktionen wirken die Paktpartner zurzeit intensiv darauf hin, diese Zahl weiter zu senken und allen ausbildungsfähigen und -willigen Jugendlichen ein Angebot zu machen.

I. Aktuelle Situation auf dem Ausbildungsmarkt

1. Wie viele jugendliche Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber (aufgeschlüsselt nach Männern und Frauen sowie nach Bundesländern) konnten im Ausbildungsjahr 2004/2005 in den von ihnen gewählten Ausbildungsberuf vermittelt werden?

Von rd. 368 000 Bewerberinnen und Bewerbern, die im Berichtsjahr 2004/2005 statistisch von der Bundesagentur für Arbeit (BA) als in betriebliche Ausbildung eingemündet registriert wurden, fanden rd. 220 000 eine ihren Vermittlungswünschen entsprechende Ausbildung. Bei einem großen Teil der übrigen Jugendlichen ist davon auszugehen, dass sie eine Ausbildung in dem Berufsfeld des angestrebten Berufs begonnen haben. Nach Bundesländern und Geschlecht stellt sich die Verteilung wie folgt dar:

Bundesland	Einmündungen insgesamt	Einmündung im gewünschten Beruf	männlich	weiblich
Schleswig-Holstein	9 166	5 813	1 929	3 884
Hamburg	3 129	2 175	831	1 344
Niedersachsen	30 155	18 336	6 036	12 300
Bremen	2 195	1 387	497	890
Nordrhein-Westfalen	62 902	38 776	13 763	25 013
Hessen	20 589	12 775	4 336	8 439
Rheinland-Pfalz	17 675	10 621	3 594	7 027
Baden-Württemberg	41 112	24 432	7 872	16 560
Bayern	56 630	33 293	9 499	23 794
Saarland	3 937	2 197	704	1 493
Berlin	13 372	8 837	3 418	5 419
Brandenburg	19 926	11 910	4 099	7 811
Mecklenburg-Vorpommern	16 876	10 442	3 611	6 831
Sachsen	32 551	18 765	6 156	12 609
Sachsen-Anhalt	18 398	11 004	3 636	7 368
Thüringen	19 390	10 894	3 297	7 597

2. a) Wie viele jugendliche Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber (wiederum nach obigen Kriterien) sind im Oktober 2005 immer noch auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz?
- b) Wie viele davon sind „Altnachfragerinnen und -nachfrager“?

Im Oktober 2005 waren nach Angaben der BA insgesamt rd. 34 000 Bewerber noch nicht vermittelt. Darunter waren rd. 18 000 „Altbewerber“ (d. h. der Schulabschluss lag vor dem Berichtsjahr 2004/2005). Die Zahlen nach Bundesländern und Geschlecht:

Bundesland	nicht vermittelte Bewerber insgesamt	Altbewerber	männlich	weiblich
Schleswig-Holstein	731	485	268	217
Hamburg	639	392	222	170
Niedersachsen	2 526	1 329	713	616
Bremen	256	157	99	58
Nordrhein-Westfalen	7 837	4 598	2 594	2 004
Hessen	2 293	1 242	673	569
Rheinland-Pfalz	3 211	1 408	699	709
Baden-Württemberg	2 733	1 242	670	572
Bayern	4 016	2 118	1 162	956
Saarland	311	170	88	82
Berlin	3 117	1 848	996	852
Brandenburg	1 996	957	545	412
Mecklenburg- Vorpommern	837	475	272	203
Sachsen	1 715	1 047	614	433
Sachsen-Anhalt	536	324	183	141
Thüringen	1 051	469	244	225

3. a) Wie viele Jugendliche wurden von der Bundesagentur für Arbeit bzw. den Kammern als „nicht ausbildungsreif“ eingestuft?
b) Auf welcher Grundlage erfolgte diese Einstufung?

Das Kriterium „Ausbildungsreife“ wird in der Geschäftsstatistik der BA nicht erfasst; als Bewerber werden nur „ausbildungsreife“ Jugendliche entsprechend der nachfolgenden Definition, über die auch im Ausbildungspakt Einvernehmen erzielt wurde, registriert: „Eine Person kann dann als ausbildungsreif bezeichnet werden, wenn zu erwarten ist, dass sie die allgemeinen Merkmale der Bildungs- und Arbeitsfähigkeit erfüllt und ohne Hilfen Ausbildungen in Berufen nach § 4 Berufsbildungsgesetz und § 25 Handwerksordnung zumindest der ersten Niveau-Ebene erfolgreich absolvieren können wird. Dabei werden auch künftige Lern- und Entwicklungsprozesse berücksichtigt, die von der jeweiligen Person noch zu durchlaufen sind.“

- c) Welche alternativen Ausbildungsangebote (in Schulen, Sonderprogrammen, Ausbildungsgängen im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit) wurden ihnen gemacht?

Der Personenkreis „nicht ausbildungsreifer“ Jugendlicher besucht häufig entweder das Berufsvorbereitungsjahr in einer berufsbildenden Schule (schulische Angebote haben Vorrang) oder berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Arbeitsagenturen, mit dem Ziel, die Ausbildungsreife zu erlangen, um dann in betriebliche, schulische oder (nachrangig) außerbetriebliche Ausbildung (im Rahmen der Benachteiligtenförderung oder der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben) einzumünden.

4. Wie viele Jugendliche wurden in „Ersatzmaßnahmen“ unterhalb der Berufsausbildung („Warteschleifen“) vermittelt und halten dennoch ihren Vermittlungswunsch aufrecht?

Folgende Tabelle der BA gibt Aufschluss über Bewerber im Berichtsjahr 2004/2005, die in Alternativen unterhalb der Berufsausbildung eingemündet sind (selbst gesucht bzw. vermittelt) und weiterhin ihren Vermittlungswunsch aufrecht erhalten haben. Jede dieser Maßnahmen dient der Qualifizierung der Jugendlichen. Daher kann nicht pauschal von „Warteschleifen“ gesprochen werden.

	anderweitig erledigt* und Vermittlungswunsch aufrechterhalten	darunter in				
		allgemeinbildende Schule	Berufsbildungsjahr	Berufsfachschule	berufsvorb. Maßnahme	Arbeitsstelle bzw. Abgabe an Arbeitsvermittlung
Deutschland	47 228	1 993	2 295	4 672	15 669	16 324
alte Länder	41 818	1 653	1 280	4 241	15 460	13 568
neue Länder	5 378	339	1 011	429	202	2 745

* Das heißt keine Einmündung in Ausbildung.

5. Welche Gründe sind der Bundesregierung dafür bekannt, dass die Anzahl derjenigen Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerber, die direkt in Arbeit vermittelt wurden, deutlich angewachsen ist?

Der Anteil der Jugendlichen mit Interesse an einer Arbeitsstelle ist von rd. 64 000 im Berichtsjahr 2000/2001 auf rd. 82 500 im Berichtsjahr 2004/2005 gestiegen. Dabei blieb der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss mit rd. 4 800 nahezu konstant, während sich der Anteil der Bewerber mit Hauptschulabschluss (von 30 400 auf 35 000 im Berichtsjahr 2004/2005) und mittlerer Reife (von 29 000 auf 33 300 im Berichtsjahr 2004/2005) um jeweils 14 Prozent erhöht hat. Dies spiegelt die angespannte Ausbildungsstellensituation der letzten Jahre wider, zeigt aber auch, dass Jugendliche ohne Hauptschulabschluss mit schulischen Angeboten und Maßnahmen der Benachteiligtenförderung besser aufgefangen und in Ausbildung integriert werden konnten als die Gruppe der „nicht Benachteiligten“.

II. Bewertung des bisherigen Ausbildungspakts

6. a) Wie viele der im Rahmen des Ausbildungspakts vom Juni 2004 vereinbarten neuen 30 000 Ausbildungsplätze wurden im vergangenen bzw. in diesem Jahr eingerichtet?

Mit zahlreichen Aktivitäten werben Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Arbeitgeberverbände neue Ausbildungsplätze ein. Im Jahr 2004 wurden insgesamt 59 900 neue Ausbildungsplätze geworben, davon 20 750 im Handwerk und 38 800 im Bereich der Industrie- und Handelskammern. 43 000 Betriebe konnten erstmals für die Ausbildung gewonnen werden. In erheblichem Maße werden damit wegfallende Ausbildungsplätze kompensiert.

Insgesamt konnte die betriebliche Ausbildungsleistung 2004 um 1,3 Prozent (+ 7 500) gesteigert werden. Bis zum Jahresende 2004 wurden insgesamt 572 000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen (Quelle: Statistisches Bundesamt, aktualisierte Daten vom 15. September 2005).

Für 2005 liegen bisher nur vorläufige Ergebnisse vor. Bis Ende Oktober 2005 wurden im Bereich der Industrie- und Handelskammern rd. 35 000 neue Ausbildungsplätze und im Handwerk rd. 20 000 Plätze geworben. 418 300 betriebliche Ausbildungsverträge waren bei den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern bereits eingetragen. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge lag damit nach Einschätzung der Industrie- und Handelskammern zum 30. September etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Im Handwerk wurden rd. 1 800 Verträge weniger als im Vorjahreszeitraum gezählt.

- b) Wie viele Ausbildungsplätze wurden in diesen Zeiträumen jeweils abgebaut?

Werden die Daten des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt, so wurden im Bereich der Industrie- und Handelskammern 2004 im Saldo 9 800 Ausbildungsverträge mehr als im Vorjahr abgeschlossen. Die Zahl weggefallener Ausbildungsplätze ist nicht bekannt. Für 2005 liegen noch keine Daten über die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge vor.

- c) Wie sehen die entsprechenden Zahlen für 2002 und 2003 aus?
d) Wie erklärt sich die Bundesregierung diese Zahlen?

Die Zahlen über die Einwerbung neuer Ausbildungsplätze werden erst seit dem Abschluss des Ausbildungspakts erfasst.

7. a) Welche Auswirkungen hatten die so genannten Einstiegsqualifizierungen Jugendlicher (EQJ) auf das Angebot von regulären Ausbildungsplätzen?

Das Sonderprogramm des Bundes zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ-Programm) geht auf den Ausbildungspakt zurück und ist seit dem 1. Oktober 2004 in Kraft. Als Brücke in die Berufsausbildung wird die Teilnahme an einer betrieblich durchgeführten Einstiegsqualifizierung gefördert. Zielgruppe sind jugendliche Ausbildungsbewerber, die aus individuellen Gründen nur eingeschränkte Vermittlungsperspektiven haben, und Jugendliche, die noch nicht in vollem Maße über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen. Das Angebot soll insbesondere Jugendlichen helfen, die auch nach der gemeinsam von den Kammern und den Arbeitsagenturen durchgeführten Nachvermittlungskaktion keine Ausbildungsstelle finden konnten. Die Paktpartner haben sich verpflichtet, zusätzlich zu den 30 000 Ausbildungsplätzen jährlich 25 000 Plätze für Einstiegsqualifizierungen einzuwerben, um möglichst allen Jugendlichen ein Angebot machen zu können.

Das EQJ-Programm wird durch eine Begleitforschung evaluiert. Damit ist die Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH, Berlin (GIB) beauftragt. Die Begleitforschung soll unter anderem zeigen, welche Auswirkungen die Einstiegsqualifizierung auf die betriebliche Berufsausbildung hat. Insbesondere soll ermittelt werden, ob durch Heranführen neuer Betriebe über Einstiegsqualifizierungen an Ausbildung das Lehrstellenangebot wächst oder Substitutionseffekte eintreten. Ergebnisse hierzu aus der Unternehmensbefragung liegen bisher noch nicht vor.

- b) Wie hoch ist der Anteil der Jugendlichen, die im Anschluss an die Einstiegsqualifizierung von ihrem Praktikumsbetrieb in eine reguläre Ausbildung übernommen werden?

Von Oktober 2004 bis April 2005 haben bereits 17 522 Jugendliche eine Einstiegsqualifizierung absolviert. Nach den Ergebnissen der Begleitforschung, die auf einer Befragung von 750 Jugendlichen Anfang Oktober 2005 beruhen, die eine Einstiegsqualifizierung begonnen haben, wird das Instrument von Arbeitgebern und Jugendlichen erfreulich gut angenommen. 61,1 Prozent der Jugendlichen absolvieren im Anschluss an die Einstiegsqualifizierung eine Berufsausbildung. Bei der Ausbildung, die die ehemaligen EQJ-Praktikanten begonnen haben, handelt es sich in 90,4 Prozent der Fälle um eine betriebliche und in 9,6 Prozent um eine außerbetriebliche Ausbildung. Die betriebliche Ausbildung findet dabei in 74,6 Prozent der Fälle in dem Betrieb statt, in dem auch die Einstiegsqualifizierung durchlaufen wurde. Damit tritt der mit dem Programm erhoffte „Klebeeffekt“ zu einem erheblichen Teil ein. Diese Ergebnisse der Begleitforschung werden auch durch die Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit gestützt, die auf einer stichprobenartigen Befragung von 20 Arbeitsagenturen beruht.

- c) Wo verblieben die nicht übernommenen Einstiegsqualifikanten?

Nach den Ergebnissen der Begleitforschung zum Verbleib sind nach Abschluss der Einstiegsqualifizierung 61,1 Prozent in eine Ausbildung eingemündet, 4,5 Prozent absolvieren eine schulische Ausbildung, 18,9 Prozent sind nicht erwerbstätig. Der anderweitige Verbleib ist der nachfolgenden Tabelle¹ zu entnehmen:

noch in einer Einstiegsqualifizierung	2,9 %
geförderte Maßnahme/Lehrgang von der Arbeitsagentur	2,5 %
geringfügige Erwerbstätigkeit/Minijob	2,1 %
Teilzeitbeschäftigung	1,9 %
voll erwerbstätig	1,2 %
„Ein-Euro-Job“	1,2 %
gelegentliche oder unregelmäßige Beschäftigung	0,8 %
Wehrdienst/Zivildienst	0,4 %
Mutterschafts-, Erziehungsurlaub, Elternteilzeit oder sonstige Beurlaubung	0,1 %
sonstiges	2,1 %

Der zweite Zwischenbericht zur Begleitforschung des EQJ-Programms kann auf der Internetseite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales www.bmas.bund.de unter der Rubrik Arbeit/Arbeitsmarktpolitik/Programme und Kampagnen/Ausbildungspakt abgerufen werden.

- d) In welchen Branchen wurden im Ausbildungsjahr 2004/2005 EQJ angeboten?

Bei den Agenturen für Arbeit wurden für das Ausbildungsjahr 2004/2005 28 000 EQJ-Plätze registriert. EQJ-Plätze werden in der Geschäftsstatistik der BA nur nach Kammerzuständigkeit ausgewiesen. Die Plätze verteilten sich im

¹ Abweichungen zu 100 Prozent ergeben sich durch Rundungen.

Wesentlichen auf Industrie und Handel (64,4 Prozent) und Handwerk (23,9 Prozent). Auf die sonstigen Kammerbereiche entfielen 11,7 Prozent aller Plätze. Eine Auswertung nach Branchen erfolgt nicht.

Die Handwerkskammern haben für ihren Bereich die zehn am häufigsten angebotenen Zielberufe zur Einstiegsqualifizierung erhoben. Das waren im Ausbildungsjahr 2004/2005 die Berufe Friseur/in, Kraftfahrzeugmechatroniker/in, Tischler/in, Metallbauer/in, Elektroniker/in, Anlagenmechaniker/in für SHK-Technik, Bäcker/in, Bauten- und Objektbeschichter/in, Fachverkäufer/in im Nahrungsmittelhandwerk und Maurer/in.

8. Wie sieht das Ergebnis bei der Vermittlung von Altnachfragerinnen und -nachfragern aus, um die sich der Ausbildungspakt besonders bemühen wollte?

Mit dem Ausbildungspakt haben sich die Partner verpflichtet, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten.

Im ersten Paktjahr konnten bis Ende Dezember 2004 66,5 Prozent der Ende September noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber (44 800) mit großen regionalen Unterschieden noch integriert werden. Die Anteile der bis Ende Dezember noch vermittelten Bewerberinnen und Bewerber schwankten in den Ländern zwischen Thüringen (94,6 Prozent) und Hamburg (46,5 Prozent). Mit Ausnahme von Sachsen und Berlin lag der Anteil der vermittelten Bewerberinnen und Bewerber in den neuen Ländern weit über dem Bundesdurchschnitt. Hier wirkten sich insbesondere das Bund-Länder-Ausbildungsprogramm Ost und ergänzende Länderprogramme positiv auf die Integration in Ausbildung aus.

Ende September 2005 waren 40 900 Jugendliche noch nicht vermittelt, 3 200 weniger als im Vorjahr. Erfreulicherweise zeigt sich in diesem Jahr unter den nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerbern auch ein rückläufiger Anteil von 53 Prozent (Vorjahr: 57 Prozent) „Altbewerbern“ (Bewerberinnen und Bewerber früherer Schulentlassjahrgänge). Hier zeigt insbesondere das EQJ-Programm, das im letzten Jahr von dieser Zielgruppe gut angenommen wurde, seine Wirkung.

Die im Pakt vorgesehenen gemeinsamen Nachvermittlungsaktionen von Kammern und Agenturen laufen derzeit noch auf Hochtouren. Aus diesem Grund können die ersten Ergebnisse nur eine Tendenz ausweisen. In den ersten Wochen der Nachvermittlung konnten bis zum Zähltermin im Monat Oktober, der in diesem Jahr bereits früher als im Vorjahr lag, 17,4 Prozent der am 30. September 2005 nicht vermittelten Jugendlichen integriert werden (Vergleich 2004: 19,8 Prozent).

9. Wie schätzt die Bundesregierung die Veränderung des Ausbildungsverhaltens der Betriebe ein, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

Der Strukturwandel in der Wirtschaft hat nicht nur Auswirkungen auf die Zahl von Arbeitsplätzen in verschiedenen Sektoren und Branchen, sondern auch auf das Angebot an Ausbildungsplätzen. Ein Wegfall an Ausbildungskapazitäten in schrumpfenden Branchen muss daher mit Aktivitäten einhergehen, Betriebe und Unternehmen, die einen Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen haben, für die duale Berufsausbildung zu gewinnen.

Das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bildet jährlich das Ausbildungsengagement aller Betriebe mit sozialversicherungs-

pflichtig Beschäftigten ab. Von den ca. 2,054 Millionen Betrieben im Jahr 2004 bilden 47 Prozent trotz Ausbildungsberechtigung nicht aus. Es gibt ein Ausbildungspotenzial von etwa einem Viertel aller ausbildungsberechtigten Betriebe. Im Vergleich zwischen den Jahren 2000 und 2003/2004 kann keine Veränderung des Ausbildungsverhaltens festgestellt werden.

Analysen der Beschäftigungs- und Ausbildungsentwicklung im wachsenden Dienstleistungssektor zeigen, dass es zumindest in Teilen des weiter wachsenden tertiären Wirtschaftssektors noch einen erheblichen Nachholbedarf gibt, in denen sich noch keine Ausbildungstradition entwickelt hat, wie sie im Bereich der gewerblich-technischen Berufe oder im Handwerk üblich ist. Betriebe insbesondere in wachsenden Branchen sollten daher gezielt an die duale Berufsausbildung herangeführt werden bzw. über die ihnen oft nicht bekannten adäquaten Qualifizierungsmöglichkeiten in nach dem Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung anerkannten Ausbildungsberufen informiert werden. Die Bundesregierung hat hierzu im Rahmen ihrer Ausbildungsoffensive verschiedene Aktivitäten ergriffen, die Unternehmen und Betriebe über die Ausbildungsmöglichkeiten insbesondere in neu geschaffenen Ausbildungsberufen informieren sowie praktische Hilfestellungen für die Aufnahme von Ausbildung geben, z. B. für ein externes Ausbildungsmanagement, Coaching, Förderung von Ausbildungsverbänden etc. durch das Programm „Strukturverbesserung der Ausbildung in ausgewählten Regionen“ (STARRegio) sowie in dem 2006 beginnenden Programm „JOBSTARTER“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

Um das Ausbildungsverhalten der Betriebe positiv zu beeinflussen, hat die Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft den Ausbildungspakt geschlossen, der schon gute Erfolge sowohl im Bereich der Einwerbung zusätzlicher Ausbildungsplätze als auch bei der Einrichtung der Plätze für Einstiegsqualifizierungen erzielt hat (vgl. Antwort zu Frage 6). Darüber hinaus werden die Möglichkeiten der Arbeitsmarktpolitik genutzt. Beratung, Ausbildungsvermittlung und Qualifizierung junger Menschen sind zentrale Aufgaben der Agenturen für Arbeit. Allerdings sind auch die Bundesländer aufgerufen, ihrer besonderen Verantwortung für die schulische Erstausbildung gerecht zu werden.

10. Inwieweit ist es in den letzten beiden Jahren gelungen, regionale Disparitäten in der Ausbildungssituation zu verringern, geschlechtstypische Unterschiede aufzuheben und die Chancen für Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie mit chronischer Krankheit oder Behinderung zu verbessern?

Infolge der bundesweit gestiegenen Zahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge ist es in den meisten Ländern zu einer Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation gekommen. Außerdem tragen die Agenturen für Arbeit durch überregionale Vermittlung, ggf. unterstützt mit Berufsausbildungsbeihilfe, zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt bei.

Die Agenturen für Arbeit bieten Berufswählerinnen Informationsveranstaltungen zur Erweiterung des Berufswahlspektrums an. Insbesondere im Hinblick auf die Veränderung der noch zu konstatierenden geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Berufswahlentscheidung geht es um Prozesse, bei denen über einen längeren Zeitraum zusätzliche Aktivitäten zur Berufswahlorientierung, beginnend in der allgemeinbildenden Schule, durchgeführt werden müssen, um gewohnte Verhaltens- und Entscheidungsmuster aufzubrechen.

Zugunsten von Frauen, behinderten Menschen und Personen mit Migrationshintergrund enthält das Arbeitsförderungsrecht besondere Vorschriften (Frauenförderung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Eingliederungsbilanz). Die vielfältigen Förderinstrumente des Dritten Buches Sozialgesetzbuch stehen allen Jugendlichen zur Verfügung und leisten einen Beitrag zur Integration gerade auch

von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Begleitforschung zum EQJ-Programm hat ergeben, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in hohem Maße von diesem Programm profitieren. Ihr Anteil liegt deutlich über dem Anteil von Ausländern. Auch der „6. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland“ beschäftigt sich intensiv mit der Frage der Ausbildungsbeteiligung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund und setzt sich mit der Beseitigung von Disparitäten auseinander (http://www.integrationsbeauftragte.de/gra/publikationen/publikationen_1172.php).

Zur beruflichen Eingliederung behinderter und schwerbehinderter junger Menschen wendet die Bundesagentur für Arbeit auf Grund der im Gesetz vorgesehenen besonderen Förderung jährlich erhebliche Mittel auf. Die Bundesregierung hat in ihrem „Bericht über die Situation behinderter und schwerbehinderter Frauen und Männer auf dem Ausbildungsstellenmarkt“ neben einer Analyse zur Situation auch die umfangreichen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation behinderter Menschen dargestellt. Dieser Bericht ist auf der Internetseite www.bmas.bund.de unter dem Stichwort „Teilhabe behinderter Menschen“ abrufbar.

